

**Abonnementen**  
werden bei allen Schmelzereien  
Postbureau, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Abonnementpreis von:  
Nr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)  
Nr. 3. — für Deutschland (Gouvern.)  
R. 1.70 für Österreich (Gouvern.)  
Nr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kreuzband).

**Inserate**  
die dreispaltige Zeitspille  
25 Cts. — 20 Pfg.

# Der Sozialdemokrat

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Verlagsbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Postanweisung  
Franko gegen Franko,  
Gewöhnliche Preise  
nach der Schweiz tolos  
Doppelporto.

Nr. 35.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel (sich) man aus die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelsfällen gut eingekleidet.

26. August 1887.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Einem Verbot zu Ehren.

Ruhm und Ehre auf das Haupt des badischen Landeskommissars für die Kreise Konstanz, Balingen und Waldshut! Er hat seine Zeit richtig erkannt. In weiser Beurteilung der Situation hat er in diesen Tagen kraft seiner amtlichen Vollmacht verfügt, daß

die Schrift „Die drei Zauberformeln. Von Dr. Johann Jacoby“, datirt: Königsberg im November 1871, auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verboten wird.

Nie, wir erkennen es offen freudig an, nie war ein Verbot gerechtfertigter als dieses.

Nicht, daß die Jakobische Schrift den gewaltsamen Umsturz predigte! Kein Wort davon in dem kurzen, in der klaren, präzisen Sprache des unergreiflichen Altmeisters der preussischen Demokratie verfaßten Aufsatz. Nicht daß sie wider den Frieden unter den Bevölkerungsklassen heulte — kein hegendes, kein aufreizendes Wort von Anfang bis zu Ende.

Von den Kriterien, die das „gemeingefährliche Gesetz“, wie der Volksmund das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen“ getauft hat, seinem Wortlaut nach verlangt, ist nicht eine erfüllt. Es wird in ihr lediglich eine geschichtliche Thatsache konstatiert, eine Wahrheit ausgesprochen, sie ist eine historisch-philosophische Betrachtung über die Kämpfe der Jetztzeit, und daß auch solche zu verbieten seien, davon steht im Ausnahmegesetz kein Wort.

Indes, der Buchstabe ist todt, aber der Geist ist lebendig. Und dem Geiste des Sozialistengesetzes entspricht das Verbot voll und ganz. Das heißt, dem Geist, in welchem es seine Mäcker feinerzeit gewollt, und in dem sie es heute festhalten.

Wie aber konnte es geschehen, daß die Schrift, die 1871 geschrieben und seitdem wiederholt publiziert worden ist, erst jetzt, 1887, dem Verbot anheimfiel und nicht schon im Jahre 1878, da alle zum Staatsretteramt Berufenen und sich berufenden Glaubenden spähenden Auges ausblickten nach Schriften, die zum Heil des Staates zu verbieten seien?

Nun, ganz einfach, weil die „Drei Zauberformeln“ 1878 noch nicht zum Verbot reif waren, weil die in ihnen enthaltene Wahrheit damals noch nicht so staatsgefährlich war wie heute.

Um das zu begreifen, braucht man sie nur auf's Neue durchzulesen.

Es ist noch nicht lange her, daß wir in diesem Blatt die treffliche Arbeit des Weisen von Königsberg abgedruckt; trotzdem hoffen wir unsere Leser damit einverstanden, wenn wir, dem Verbot zu Ehren, den Abdruck wiederholen. Hier gilt mit Fug und Recht für Freund und Feind des alten Pedro Wort: Thut nichts, könnt's noch einmal hören!

Also, mit Verlaub, Herr Landeskommissar:

#### Die drei Zauberformeln.

Und er sprach zu den Jüngern: „Der Sabbath ist um des Menschen willen gemacht, und nicht der Mensch um des Sabbathes willen. So ist des Menschen Sohn auch ein Herr des Sabbathes.“ (Evang. Marci, Kap. 2 V. 27, 28.)

Dies hohe Wort gilt — wie vom Sabbath — so von allen menschlichen Einrichtungen, von jeglichem Gesetze und Herkommen, von Kirche, Staat und Gesellschaftsordnung. Aus dem Bedürfnis des Menschen hervorgegangen, sollen alle diese Institutionen nur als Mittel dienen zum Heil des Menschen. Während aber im Laufe der Zeit — bei vorschreitender Entwicklung — die Bedürfnisse sich umgestalten, die materiellen und geistigen Ansprüche an das Leben sich steigern, halten Gewohnheit, Unerkenntnis und Eigennutz fest an den hergebrachten Rechten und Ordnungen, erklären dieselben für heilig und unantastbar und verlangen, daß die Bedürfnisse der Menschen sich den überkommenen Satzungen unterwerfen, nicht umgekehrt. So wird, was ursprünglich nur Mittel gewesen, zum Selbstzweck erhoben, und — langer Kämpfe bedarf es, bis endlich des Menschen Sohn sich als den „Herrn des Sabbathes“ erkennt, unbelümmert am Sabbath „Lehren auskraut“ und mit den „Schaubroden der Priester“ seinen Hunger stillt.

„Im Namen der Kirche!“ — Im Namen des Staates! — Im Namen der Gesellschaft!

Durch diese dreifache Zauberformel hat von jeher Herrschbegier und Selbstsucht Einzelner den Geist, den Willen, die Arbeitskraft der Völker gefesselt und ausgebeutet.

Die Kirche — das heißt die Annahmung der Priester — sagt zu den Laien: Euer Geist ist zu schwach, die Wahrheit zu ergründen. Auf daß Ihr nicht in Irrthum und Sünde

verfallt, müßt Ihr — ohne Prüfung — glauben, was wir, die Dolmetscher des göttlichen Geistes, als Wahrheit verkünden. Die Kirche ist unfehlbar; der Glaube allein kann Euch vor ewiger Verdammnis retten.

Der Staat — das heißt die Herrschaft der weltlichen Machthaber — sagt zu den Staatsangehörigen: Ohne Unterordnung keine Ordnung auf Erden! Nicht dem eigenen beschränkten Urtheile dürft Ihr in Euren Handlungen folgen, sondern dem, was wir als Recht feststellen. Der Obrigkeit Wille ist Gesetz; nur unbedingter Gehorsam schützt Euch vor Anarchie und Verderben.

Die Gesellschaft — das heißt die Habgier der besitzenden Klassen — sagt den Besitzlosen: Uns verdankt Ihr Arbeit und Brod. Darum sollt Ihr von den Früchten Eures Schweiges uns so viel abgeben, als wir für billig erachten. Wollt Ihr dies nicht, so steht es Euch frei, ohne Arbeit und Lohn zu verhungern.

Gedankenlos — willenlos — besitzlos, ist die Masse des Volkes den Zwecken der Kirche, des Staates, der Gesellschaft unterthan.

Solange jede dieser drei Mächte die Ausbeutung der Menge für sich ausschließlich in Anspruch nimmt, treibt gegenseitige Eifersucht sie zum Kampfe untereinander. Die Kirche predigt gegen den Mammon, — die weltlichen Machthaber streiten gegen die Oberherrschafft der Kirche, — die besitzende Klasse strebt darnach, den Staat ihren Sonderinteressen dienstbar zu machen.

Allein im Laufe der Zeiten ändert sich die Sachlage.

Je mehr, Dank den Bemühungen ungenügender Forscher, die Erkenntnis der Wahrheit sich im Volke verbreitet, je mehr die arbeitende Klasse zur Einsicht ihrer Lage, zum Bewußtsein ihrer eigenen Kraft gelangt, — um so augenfälliger tritt die Lüge, die Ohnmacht jener drei fessellenden Zauberformeln zu Tage. Thron, Altar und Geldmacht sehen sich genöthigt, die gegenseitige Fehde einzustellen und — der gemeinsamen Gefahr gegenüber — ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, ein Bündnis, das — dem Anschein nach — ihre Kraft vermehrt, im Grunde aber nichts weiter ist als das Eingeständnis, daß jede der drei Mächte für sich allein zu schwach ist, den Forderungen der Freiheit und Gleichberechtigung Widerstand zu leisten.

Und hiermit ist der Charakter, die Bedeutung der Jetztzeit ausgesprochen: es gilt den letzten, entscheidenden Kampf der unterdrückten, freheitsbedürftigen Menschheit gegen den dreieinigigen Feind!

Geistesfreiheit — Willensfreiheit — Arbeitsfreiheit

ist die Lösung;  
der Kampfpreis:

Allgemeine Bildung — Tugend und — Wohlfahrt! — —

Königsberg, im November 1871. Joh. Jacoby.

Im Jahr 1871 schrieb Jacoby dieses Flugblatt. Im Jahr 1871 wurde das neue deutsche Reich preussischer Oberbau errichtet und trat mit dem Kampf des Staates wider die Kirche in die Arena.

Im Jahr 1878 leitete der Staat die Friedensunterhandlungen mit der Kirche ein. Das Ausnahmegesetz gegen die Partei der arbeitenden Klasse wird erlassen.

Im Jahr 1887 ist der Friede zwischen Staat und Kirche perfekt. Die „Gesellschaft“ kapitulirt vor Beiden. Thron, Altar und Geldmacht sehen sich gezwungen, die gegenseitige Fehde einzustellen, und — das Weitere sagt der Aufsatz Jacoby's.

Begreift man nun, warum er gerade jetzt verboten werden mußte?!

Einen Orden dem wackeren Landeskommissar!

#### Mörder!

Der Ausrottungskampf, den das Ordnungsbretterthum der Gesellschaft der Anordnung gegen die einzig wirkliche Partei der gesellschaftlichen Ordnung, die Sozialdemokratie, führt, nimmt von Tag zu Tag gewaltthätigere Formen an. Schon die einfache Logik der Thatsachen bringt das mit sich. Sobald man einmal den Boden des Kampfes mit ehrlichen Waffen verläßt, gibt es auf der schiefen Ebene der Gewaltmahren keinen Halt mehr. Wie der leichtfertige Kaufmann, der seinen Bankrott vor sich sieht, aber nicht ehrlich genug ist, ihn eingestehen, zu immer unsinnigeren Mitteln greift, um ihn aufzuhalten, und schließlich zum positiven Betrüger wird, so die heutigen Machthaber in Preußen-Deutschland auf dem Gebiete des politischen Kampfes. Nur daß nicht Leichtfertigkeit es ist, die sie von Verbrechen zu Verbrechen treibt, sondern die ihnen zur zweiten Natur gewordene Brutalität. Mit der Schöpfung des Schandgesetzes wurden sie des Zwanges ledig, den die entwickelte Kultur des neunzehnten Jahrhunderts den Regierungen der zivilisierten Länder auferlegt, das Ausnahmegesetz verleihe sie in die Lage, sich über alle Rechtsbegriffe unserer Zeit hinwegzusetzen und mit Freiheit und Ehre den Staatsangehörigen mit einer Willkür zu verfahren, wie sie sonst nur in den asiatischen Despoten zu finden ist. Natürlich ohne daß sie irgend einen greifbaren Erfolg zu verzeichnen hätten: mit Unterdrückungen hält man den geschäftlichen, mit Insamien

den politischen Bankrott nicht auf. Moralisch feig wie alle Despoten, hüten sie sich, das eingestehen, sondern wähen in immer sinnloserer und unmenschlicherer Weise weiter. Nachten sie bisher vor der geschäftlichen Existenz, vor dem Familienglück der Objekte ihrer Wuth keinen Halt, so scheuen sie sich jetzt nicht mehr, das Leben derselben in ignominischer Weise preiszugeben. Das völkerrrechtliche Gebot, das Leben der Gefangenen als anvertrautes Gut heilig zu halten, existirt gegenüber den Angehörigen des eignen Volkes nicht mehr, das Völkerrrecht kennt ja nur Rechte der Staaten, aber keine Rechte der Völker. Der erkrankte Kriegsgefangene wird mit derjenigen Rücksicht behandelt, die jedem Kranken gebührt, gegen die erkrankten politischen Gefangenen gibt es keine Schonung, sie werden rücksichtslos einer Behandlung ausgesetzt, bei der sie physisch zu Grunde gehen, mit andern Worten, sie werden gemordet.

Oder ist es etwas Anderes als brutaler Mord, was in diesen Tagen einem deutschen Arbeiterblatt, der „Schlesischen Volksstimme“, über das Schicksal des wegen „Uebertretung des Sozialistengesetzes“ — man beachte wohl, welches Verbrechen! — inhaftirten polnischen Arbeiters Sjalalski aus Polen mitgetheilt worden ist? Der Bericht der einfachen Thatsache ist in seiner rein sachgemäßen Darstellung eine gradezu schreiende Anklage gegen die nichtswürdigen Schergen der Gewalt, denen der Ermordete — jedes andere Wort wäre Beschönigung des Verbrechens — in die Hände gefallen, und verdient daher weiteste Bekanntheit. Mißgünstiger, wer diese Schmach nicht brandmarkt!

Man höre nur:

„Am 19. v. Mts. fand in unserer Stadt die Beerdigung eines im Februar d. J. aus Berlin transportirten und hier inhaftirten Sozialdemokraten“ statt. Der seit 7 Jahren in Berlin beschäftigt gewesene erst 25 Jahre alte Tischlergehilfe R. Sjalalski wurde Anfangs Februar der Uebertretung des Sozialistengesetzes angeklagt, in Berlin auf seinem Krankenzimmer verhaftet und als Kranker nach Posen in's Gefängniß transportirt. Als die Eltern des Sjalalski von der Verhaftung ihres kranken Sohnes erfuhr, beabsichtigten dieselben, ihren Sohn zu besuchen, doch wurde ihnen dies nicht gestattet. Nach acht wöchentlichem Frist wurde ihnen vergeblichen Bitten endlich nachgegeben. Doch welcher Anblick bot sich der Mutter des Inhaftirten dar? Zwei Kusscheer, auf welche sich ihr Sohn gestützt hatte, brachten denselben vorgeführt — festlich erschrocken ob solchen Anblicks fiel die Mutter in Ohnmacht. Der kranke Sohn, der tief geküßelt das geschloßene, mitleidige mütterliche Antlitz nicht länger anzuwenden vermochte, bat, ohne ein Wort mit der Mutter zu wechseln, um die Zurückführung nach seinem harten Krankenzimmer. Nach vier Wochen wurde er der Mutter zum zweiten Male gestattet, den Kranken zu besuchen. Hier vermochte dieselbe nur einige Worte aus dem Sohne herauszupressen. Dieselben lauteten: Liebe Mutter! Ich habe Wunden an meinem Körper; die harten Bretter — ich muß darauf liegen — die Wunden vergrößern sich in Folge des harten Lagers — bitte, nimm mich zu Dir — ich hoffe, daß ich bei Dir gesund werde. Sei so gut, liebe Mutter, und bitte das hohe Gericht um die Erlaubniß, mich zu Dir nehmen zu dürfen. — Die Bitten der Eltern und Verwandten, diesen Wunsch zu erfüllen, blieben von dem hohen Gericht sowie vom Herrn Staatsanwalt unberücksichtigt. Auf ferneres Bitten der Angehörigen wurde vom Staatsanwalt die Ueberführung des Schwerkranken nach vollen 14 Wochen nach dem hiesigen Franziskaner-Krankenhause angeordnet — wo er dann nach 3 Wochen (im Ganzen also nach 17 Wochen) von seinen schweren Leiden durch den Tod erlöst wurde. Die Beerdigung fand, wie bereits angegeben, am 19. v. Mts. unter zahlreicher Theilnahme von Freunden und Bekannten statt — auch gaben 10 Schulente dieser Leiche das „Gebet“. Mit zahlreichen Blumen und Kränzen, zum Theil aus rothen Rosen und weißen Schleisen, war der Sarg geschmückt, und wurden solche ins Grab und auf dasselbe niedergelegt. Das Tragen von rothen Abzeichen wurde polizeilich verboten. — Der Bericht schließt mit einem Ausspruch Sjalalski an die Arbeiter — und ruft derselbe dem Todten ein „Ruhe sanft“ zu.“

Die deutschen Mütter entfallen sich zu diesem Bericht jeden Kommentars — die Arbeiterblätter per Auh, die bürgerlich-demokratische Presse aus städtischer Inbolenz, die kapitalistische Presse aber schweigt die ganze Sache todt, wie sie jede Niedertracht, die sie nicht direkt beschönigt, durch Lobschmugeln deckt. Wir aber, denen die deutschen Vorgesetzten den Mund nicht verschließen, wir erheben unsere Stimme zur öffentlichen Brandmarke der feigen, nichtswürdigen Mörder, begangen an einem Wehrlosen. Mörder, insame Mörder sind sie, die den schwer Kranken in den Kerker warfen, wo er in feuchter Luft auf hartem Lager zu Grunde ging. Gegenüber dem gemeinsten Verbrecher hätte man mehr Rücksicht an den Tag gelegt als gegen den, der Uebertretung des Schandgesetzes Beschuldigten. Den Verbrecher aus Gewinnsucht, aus Wollust, aus Gewissenlosigkeit hätte man geschont, den Arbeiter, der in Verthaltung seiner Ueberzeugung gegen ein schändliches Ausnahmegesetz verfiel, mordete man. Und dieser Mord steht nicht allein da. Die Brutalisierung solcher politischen Gefangener, deren Stimme leicht unterdrückt werden kann, wird zum System in Deutschland.

Aus Sachsen erhalten wir folgende Zuschrift:

„Ein neues Verbrechen der Volkseinde. Ein neuer Mord, und zwar unter erschwerenden Umständen, ist an Genosse Schumann von Leipzig verübt worden. Derselbe wurde bekanntlich im Herbst vorigen Jahres wegen der durchaus harmlosen Demonstration bei seiner Ausweisung zu vierjährigem Zuchthaus verurtheilt. Aus dem Zuchthaus schied er nur einmal, in trübster Stimmung, und vorige Woche erhielt seine Frau, die seit einem Jahre nichts von ihm gehört hatte, plötzlich die Nachricht, er sei in Waldheim gestorben. Sie eilte sofort hin, um wenigstens den Sargen anständig zu beerdigen. Dort erfuhr sie in der Anstalt, daß er sich „sehr remitent“ gezeigt, schon längere Zeit gekränkelt habe und dann plötzlich gestorben sei.“

„Über die Leiche, die Leiche?“ sammelte das grüngelbte Weib. — Die Leiche war bereits an die Anatomie in Leipzig abgegeben und verschlitten.“

Man kann sich die Gefühle der unglücklichen Frau denken. Unzweifelhaft ist Schumann, der von Hans aus durchaus gesund war, im Gefängniß elend behandelt worden, so daß seine Körperkraft gebrochen ward. Der Kränke wurde dann zur Verweisung getrieben und solange gereizt und gequält, bis der Tod erfolgte. Und dann noch die Entweihung der Leiche!

Arbeiter, prüft Euch das an Schumann begangene Verbrechen mit all seinen Einzelheiten ins Gedächtniß!

Wir können diese Ermahnung nur auf's Eindringlichste wiederholen. Werks Euch wohl, deutsche Arbeiter, wie man mit Euren Brüdern im Gefängniß verfährt. Nicht zufrieden, jeden Augenblick Euer Hausrecht zu verletzen, gleich Räubern mit Euren Eigenthum umzuspringen, Eure



Freiheit in jeder Weise zu schädigen oder ganz aufzuheben, betrachtet man auch jetzt Euer Leben als einen Gegenstand der Laune der Nachbarn! Wer's Euch und erhebt Euer Eifer, dem niederträchtigen System ein Ende zu machen, das in seiner Verkommenheit bereits zu solchen Schrecknissen angelangt ist!

Den Mördern aber und ihren Mitschüligen in Amt und Würden, sowie namentlich denen, die etwa Lust verspüren, es ihnen nachzutun, rufen wir das Verhalten einer deutschen Fürstin, Katharina von Schwarzburg-Rudolstadt, in's Gedächtnis, das diese dem General Alba gegenüber an den Tag legte, als dessen Soldaten ihren Bauern wider alles Recht das Vieh weggetrieben hatten. Das entschlossene Weib erklärte, als der General mit seinem Gefolge sich zum Frühstück auf dem Schlosse einfindet, ihm kategorisch, ihren armen Untertanen müsse das Vieh wieder werden, oder, fügte sie mit gehobener Stimme hinzu: „Fürstenblut für Ochsenblut!“ und im nächsten Augenblick war das Zimmer mit Bewaffneten angefüllt, bei deren Anblick der „Korrr“ Alta großmütig kein Beitrag.

Rein Veringerer als Friedrich Schiller ist es gewesen, der diese mutige That, die „aus mehr als einer Ursache“, wie er sagt, „es verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden“, dem deutschen Volke überliefert hat. Wir stimmen ihm in der Werthschätzung derselben durchaus bei. Warum aber sollte im neunzehnten Jahrhundert ein Proletariatsleben geringer anzuschlagen sein, als vor drei Jahrhunderten Ochsenblut gewertet wurde?

## Manifest

des  
Zentral-Wahl-Komitees der sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands  
an die  
Wähler des Deutschen Reiches.

(Fortsetzung.)

In dieser Privatproduktion liegt die Wurzel des Uebels. Es ist an sich ein Unrecht und ein Widerspruch, daß Waaren, welche gesellschaftlich notwendig sind, deren die menschliche Gesellschaft zu ihrer Erhaltung bedarf, Gegenstand der Privatproduktion und Privat speculation seien. Und dies Unrecht wird dadurch noch gesteigert, daß die Privatproduktion auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht — auf der Lohnarbeit. Die Komplexität und Raffinesse der Arbeitsinstrumente (Maschinen u. s. w.) ermöglicht den Besitz derselben nur wenigen bevorzugten Individuen, und da ohne Arbeitsinstrumente keine Arbeit möglich ist, so muß der nicht im Besitz derselben befindliche, Ratt auf eigene Rechnung zu arbeiten, für einen Besitzer von Arbeitsinstrumenten um Lohn arbeiten. Da nun der Unternehmer den Arbeiter nicht beschäftigt, um ihm einen Gewinn zu thun oder der Gesellschaft einen Nutzen zu schaffen, sondern um sich selber aus der Arbeit, „seiner“ Arbeit einen Nutzen zu schaffen, so bezahlt er dem Arbeiter in Gestalt des Lohnes nicht ein volles Äquivalent (den in Geld ausgedrückten Gleichwerth) der geleisteten Arbeit, sondern läßt einen Theil der Arbeit unbezahlt. Aus dieser unbezahlten Arbeit, welche dem Besitzer der Arbeitsinstrumente in Gestalt des von der Wissenschaft so genannten Mehrwerthes zusteht, bilden sich die Kapitalien, mit deren Hilfe die Besitzer der Arbeitsinstrumente das arbeitende Volk mehr und mehr ausbeuten und knechten. Die bezahlte Arbeit dagegen, d. h. der Lohn, reicht nach dem ephemer Lohngesetze nur zur Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse aus, so daß die Lohnarbeiter nichts Nennenswerthes „ersparen“, geschweige denn Kapital auf sammeln können. Im Widerspruch mit dem Fundamentalsatz der Wissenschaft: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums, erlangt den Reichthum nicht die Arbeit in der Person des Arbeiters, sondern der Richter Arbeiter in der Person des Besitzers der Arbeitsinstrumente. Die veränderlichen Wirkungen des herrschenden Produktions- und Lohnsystems äußern sich hauptsächlich nach zwei Seiten hin: einmal in der Anarchie aller ökonomischen Funktionen, namentlich in dem Mißverhältnis zwischen Waarenherstellung und Waarenverbrauch, aus welchem Mißverhältnis die Handels- und Geschäftskrisen, die Handelsnotungen, die Ueberproduktion u. s. w. hervorgehen. Und ferner in der ungleichen und unrichtigen Vertheilung des Reichthums. Einerseits Proletarisierung der eigentlichen Reichthumszeuger — d. h. der Arbeiter —, andererseits Konzentration des Nationalreichthums in den Händen der nichtarbeitenden Besitzer der Arbeitsinstrumente, welche ihn nicht erzeugen; in Folge der Vervollkommenung der Arbeitsinstrumente und der immer größeren Produktivität der Arbeit reichendes Wachsen des sogenannten Nationalreichthums, und Hand in Hand damit ebenso rasches Wachsen der Massenarmuth, Aufzählung des Mittelstandes, Verschönerung des Privatbesitzthums zu Gunsten der Großkapitalisten, und schließlich Verwandelung der menschlichen Gesellschaft in eine riesige Armee von Proletariaten, die für eine Handvoll Monopolisten der Arbeitsinstrumente zu arbeiten haben.

Doch es zu diesem Neuesten komme, muß um jeden Preis verhütet werden; es ist nur zu verhüten durch die Sozialreform; und das Programm der Sozialreform ist das Programm der Sozialdemokratie.

Beseitigung des Lohnsystems, Ersetzung der Lohnarbeit durch die genossenschaftliche Arbeit, Organisation der Arbeit durch den Staat — das sind die von uns vorgeschlagenen und von der Wissenschaft geforderten Mittel zur Lösung der sozialen Frage.

Daß mit der Verwirklichung unseres Programms die persönliche Freiheit sich nicht vertragen, ist ein Einwand, den nur Unwissenheit oder böser Wille erheben kann. Es ist die Gewohnheit unserer Feinde, ihre heuchlerisch abgelehnten eigenen Sünden uns anzudichten. In der jetzigen Gesellschaft und dem jetzigen Staat gibt es persönliche Freiheit nur für eine winzige Minorität — für die Minorität der Privilegirten, für die Besitzende und herrschende Klasse. Wie es um die persönliche Freiheit der politischen und wirtschaftlichen Minderheiten, d. h. von neun Zehnteln der Gesamtbevölkerung, jetzt steht, das haben — wenn es überhaupt eines Beispiels bedarf — die letzten Wahlen gezeigt. Wer, wie wir es erstreben, die politische und ökonomische Abhängigkeit mit der Freiheit ausrottet, der bringt die persönliche Freiheit erst zur Geltung, macht sie aus einer Lüge zur Wahrheit.

Nicht anders verhält es sich mit den übrigen Anklagen, welche Unwissenheit und böser Wille gegen uns schleudern: mit den kindischen, perfiden Behauptungen, die Sozialdemokratie wolle „theilen“, wolle das Eigentum abschaffen, wolle die Weibergemeinschaft einführen. Die „Theilerei“ herrscht in der heutigen Gesellschaft: der Unternehmer „theilt“ mit seinem Arbeiter, der „Große“ „theilt“ mit dem „Kleinen“ — Das Eigentum ist heutzutage für die Weibergemeinschaft nicht vorhanden und wird, wenn es so fortgeht, bald für neun Zehntel abgeschafft sein — der Fabrikant vernichtet den Handwerker, der Großgrundbesitzer den Bauer, der Große den Kleinen. Und die Weibergemeinschaft! Sie ist verwirklicht in der heutigen herrschenden Gesellschaft. Ehebruch, Märessen-Aushalterei, die „freie Liebe“ mit dem ganzen Schmutz, den unsere Verleumder in das Wort legen, sind gerade in den vornehmsten Gesellschaftskreisen zu Haus; und wer wissen will, welchen Schand die heutige Gesellschaft der weiblichen Tugend gewährt, der durchwandere des Abends die Straßen der Städte und betrachte sich die Schaa ren der Unglücklichen, die durch Armut und schlechte Erziehung in die Arme der Prostitution getrieben worden sind.

Die Sozialdemokratie, welche die Armut abschaffen und Jedem eine menschenwürdige Erziehung sichern will, schafft auch die Prostitution ab und rettet das Weib aus der heuligen Prostitutionswirtschaft, indem sie die Frau als gleichberechtigtem Mann zur Seite stellt.

Also Abschaffung der Theilerei und Abschaffung der Prostitution ist unser Ziel. Beseitigung aller der Einrichtungen, welche die persönliche Freiheit zerstören, die Sittlichkeit untergraben, den Menschen zum Gegenstand der Ausbeutung durch den Menschen machen.

Grundfalsch ist auch, daß die Sozialdemokratie das persönliche Eigentum abschaffen wolle. Daß es für die Mehrheit der Menschen heute schon abgeschafft ist, haben wir bereits gesagt. Was eine bestimmte Form des Eigentums wollen wir abschaffen, nämlich das Eigentum, welches die Ausbeutung der Arbeit zum Zweck hat: das Eigentum an den Arbeitsinstrumenten. Die Arbeitsinstrumente, welche zur Herstellung des „Nationalreichthums“ dienen, können ihrer Natur nach nur National-eigentum sein. In dem Besitz von Privatpersonen können sie nur mißbraucht werden; nur im Besitz des Staates können sie ihre Bestimmung erfüllen.

Das aber, was der Mensch sich durch seine eigene Arbeit erwirbt, das ist von Rechtswegen sein Eigentum. Und dieses persönliche Eigentum, welches von der heutigen Gesellschaft mit Füßen getreten wird, kann, gleich der persönlichen Freiheit, erst durch den sozialdemokratischen organisierten Staat für Alle ohne Ausnahme zur Wahrheit werden.

Die Verwirklichung dieser unserer Ziele werden wir nach wie vor mit aller Energie erstreben. Und mit alleiniger Ausnahme des winzigen Häufchens der Privilegirten hat das gesamte Volk ein Interesse an möglichst baldiger Verwirklichung unseres Programms.

Alles, was zum Ziele führt, werden wir verfolgen, Alles, was ihm widerspricht, bekämpfen. Eine vernünftige Fabrikgesetzgebung mit Normalarbeitszeit und Abschaffung der Kinderarbeit; Arbeiterschutz nach jeder Richtung; ein gerechtes Steuersystem, Befreiung der Weiden, Entlastung der Armen, Anbahnung von Reformen, welche den jetzt von Kurpfuschern schmählich genährten Handwerker- und Bauernstand allmählich auf den Boden gemeinsamer Großproduktion stellen — Begründung der bürgerlichen Freiheit, Befreiung der Polizei auf den Gesundheits- und Sicherheitsdienst, Abschüttelung der allerdrückendsten Last des Militarismus — das sind notwendige Uebergangsmaßregeln.

(Schluß folgt.)

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 24. August 1887.

— Alles aus Kosten der Kleinen, das ist der leitende Grundsatz unserer modernen Staatskünstler — der einige, den sie überhaupt haben. Auf Kosten der Kleinen Staaten, die sich nicht wehren können oder doch keine Aussicht haben, sich mit Erfolg zu wehren, arbeitet die hohe Diplomatie, auf Kosten der Kleinen Leute, deren Stimme ungehört verhallt, arbeiten die Finanz- und Steuerkünstler, die Geschäftsführer der Regierungen und der maßgebenden Kapitalistenkreise. Für Erstes ist ein beachtliches Beispiel das Ränkepiel wider und mit Bulgarien. Der Kaiser will bekanntlich das kleine Ländchen nicht zur Ruhe kommen lassen, mit den gemeinsten und brutalsten Mitteln arbeitet er darauf hin, jede geordnete Verfassung in Bulgarien unmöglich zu machen, mit dem Selbstbestimmungsrecht des bulgarischen Volkes aufzuräumen. Und bei diesem unehrenhaften Handwerk leisten ihm die französische Republik und das neugegründete deutsche Kaiserreich abwechselnd oder auch gleichzeitig die Wette Horschuh. Um sich die Freundschaft des ungeschickten russischen Bären zu sichern, hat Frankreich, die Republik Frankreich, alle Nichtswürdigkeiten des Kaisers gutgeheißen, und zu den gleichen edlen Zwecken unterstützt Preußen-Deutschland, d. h. Bismarck, jetzt alle Schritte Russlands gegen den Bulgaren, den die Bulgaren an Stelle des Battenberger zu ihrem Fürsten erwählt haben. Der Bulgare selbst ist und gleichgültig, aber in diesem Moment verlorren ist in ihm die Freiheit des bulgarischen Volkes oder vielmehr ist es diese, die Russland in ihm belämpft. Und in derselben deutschen Presse, die noch vor wenig Tagen über die Franzosen, die vor Russland auf dem Bauch liegen, herzog, lesen wir jetzt — ohne jeden Kommentar — daß Russland in seinen Schritten gegen die jetzigen Zustände in Bulgarien der Unterstützung der deutschen Politik von vornherein versichert sein könne. Das findet sie ganz in Ordnung, es ist ja nur das kleine Bulgarien „da unten“, gegen das Deutschland von seinen Feinden zu der niedrigen und niederträchtigen Rolle des Heilerstehers des Kontinentes bestimmt wird. Lassen die Päpste der nationalen Ehre einen Funken von wirklichem nationalen Ehrgeiz, so würden sie gegen diese unwürdige Politik Protest erheben, aber sie sind eben, soweit überhaupt unabhängig, gleichfalls „Staatsmänner“ und finden es daher ganz in der Ordnung, daß die Kleinen geopfert werden müssen um der Freundschaft des großen — Russlands willen. Ohne diese kann ja das mächtige deutsche Reich, ohne dessen Zustimmung kein Schuß in Europa abgegeben werden darf, nicht existieren. Verrathen wir also die Bulgaren.

Und wie drücken, so dazum. Kaum hat das Betrugsprodukt und Betrugsinstrument, deutscher Reichstag genannt, die große Steuerreform beschlossen, die dem Staat gegen 200 Millionen und den Großen im Staat, den Schnapsbaronen und Juckerprinzen, noch 50 Millionen extra aus den Taschen der Kleinen Leute zuschüttet, so haben diese schon einen neuen Plan aus, die Kleinen noch mehr zu rupfen. Das Projekt der Spiritusmonopolisation, für das die Schnapsbrenner jetzt mit allem Eifer agitieren, ist nichts anderes als eine Fortsetzung des im Reichstage eröffneten Raubzuges gegen die große Masse der Kleinen Leute, der Armen und Kerkeln im Volke. Die Herren wollen, auf Grund des neuen Branntweinsteuergesetzes, das von vornherein bereits daraufhin zugeschnitten ist, den Branntweinverkauf monopolisieren, um den deutschen Konsumenten den Preis aufzublasen zu können.

Mit einer Schamlosigkeit, für die man ihnen nur dankbar sein könnte, wenn nicht zugleich ein beleidigende Mißachtung des Volkes darin läge, verkünden sie vor aller Welt, daß die Bank für den Stand legen soll, im Inland 130 Mark für den Hektoliter Spiritus zu verlangen und dem Ausland den Hektoliter um 30 Mark zu liefern, ein Preisunterschied von über dreihundert Prozent! Um das Bierfache soll der deutsche Konsument den Branntwein theurer bezahlen als bisher.

Und dieses Erpressungs-, dieses Gauner-Unternehmen wird von der Reichsregierung in jeder Weise unterstützt, soweit es nicht von ihr direkt eingeführt worden ist. Es genügt Bismarck nicht, für den Staatsschatz zu sorgen, er muß auch noch seine „Erwerbsgenossen“, wie es unter den Schnapsbrennern jetzt mit Recht heißt, bedenken. Und ihnen gegenüber kniet er nicht, denn — Alles auf Kosten der Kleinen! Die Biess, der blinde Hühner, bezahlt Alles, muß Alles bezahlen. Man hat ja gesehen, wie er sich Alles dichten, sich mißhandeln und auspressen läßt, und doch seine Geduld nicht verliert.

Reider hat er in letzterer Beziehung in der That viel, sehr viel gesündigt. Aber Alles hat seine Grenzen. Tausenden und Abertausenden wird dieses neue Raubattentat die Augen öffnen, und sie aus blinden Hühnern zu sehenden Kämpfern wider die falschen Brüder machen. Und wenn die samose Monopolbank wirklich zu Stande kommt, so wird hoffentlich ihr unaussprechlicher Krach das Signal werden zu einem größeren Krach, zu einer Abrechnung der Kleinen mit den Großen.

— Frankreich erstreckt sich bekanntlich seit einiger Zeit wiederum eines opportunistischen Ministeriums, und dieses opportunistische Ministerium wiederum erstreckt sich einer ganz besonderen Sympathie der „Frankfurter Zeitung“. Wir wollen die Gründe dieser Sympathie nicht näher analysieren, genug, die Maßnahmen des Herrn Rouvier und seiner Kollegen werden von dem demokratischen Komitee ebenso wohlwollend behandelt, als alle Schritte der französischen Radikalen von vornherein einer abfälligen Beurteilung von Seiten der „Frankfurter Zeitung“ sicher sind. Nun sind die Opportunisten aber weiter nichts als eine Uebersetzung der deutschen Nationalliberalen ins Französische,

wie denn ja auch diese letzteren aus ihrer Selbstverwandtschaft mit dem Ministerium Rouvier keinen Hehl machen.

Da hat z. B. Herr Rouvier, der jetzige Ministerpräsident, vor ein paar Tagen auf einem Bankett der Pariser Spielwaaren-Fabrikanten eine Rede über seine Politik gehalten, die den lauten Beifall der deutschen Nationalliberalen gefunden hat. Das erklärt sich, denn wenn Fabrikantenvereine zusammenkommen, so unterhalten sie sich vom Geschäft, und wenn ein Minister Beifall bei ihnen erzielen will, so hat er sich als Mann, dem vor allem das Geschäft am Herzen liegt, vor ihnen zu präsentieren. Herr Rouvier hat das auch nach Kräften gethan, und da den deutschen Nationalliberalen das Geschäft ebenfalls über alles geht, so ist, wie gesagt, ihre beifällige Beurteilung der Rouvier'schen Rede durchaus in der Ordnung. Nun sind wir jedoch heute noch nicht so weit, daß eine Regierung sich bloß mit Vermaltungsangelegenheiten in Bezug auf das Wirtschaftslieben zu befassen hat, es gibt, in Frankreich wie anderwärts, noch eine Reihe politischer Fragen, die zu lösen sind, und zu denen ein Ministerium doch auch Stellung zu nehmen hat. So z. B. die Frage der Stellung des Staates zur Kirche, die zudem keineswegs nur eine religiös-politische ist, sondern gerade in Frankreich ein Stück der sozialen Frage bildet, denn die Kirche mit ihren Orden und Kongregationen ist in hervorragendem Maße ein wirtschaftliches Macht.

Was sagte nun Herr Rouvier in dieser Beziehung zu seinen Spielwaarenfabrikanten?

„Glauben Sie“, rief er ihnen zu, „daß z. B. die Abschaffung des Oktrois, wenn sie einmal möglich ist, nicht mehr Wirkung auf die Bevölkerung erzieht, als etwa die Trennung von Kirche und Staat?“

Echt national liberal gesprochen, Herr Rouvier hätte genau dieselbe Rede halten können, zumal es Herr Rouvier der Abschaffung des Oktrois keineswegs übermäßig eilt. Es ist vielmehr die Schablone drüber dieselbe wie haben: erst das Geschäft und dann die Grundfrage.

Wohin die Befolgung dieser schönen Theorie in Deutschland abgeführt hat, ist bekannt. Ihr ist zum Wesentlichen mit die politische Berührungspunkt geschuldet, die in Deutschland heute herrscht. Niemand hat das so oft und mit so viel Empfindung nachgewiesen als die bürgerlich-demokratische Presse, und an deren Spitze ihr Hauptorgan, die „Frankfurter Zeitung“. Und eben diese „Frankfurter Zeitung“ verzeht jetzt schier vor Entzücken über die Riquel — parbon, über die Rouvier'sche Rede. Mit erschütterter Bemuthung konstatirt sie, daß „auch diese Worte den berechtigten Beifall der weniger aus Berufspolitikern als aus praktischer Geschäftslenten bestehenden Versammlung fanden.“ Berufspolitiker — praktische Geschäftsleute, wo haben wir doch diese Gegenüberstellung schon gefunden? Richtig, in der Bismarck'schen Presse, ganz besonders im repositierten „Frankfurter Journal“. Wie müssen sich die Herausgeber des letzteren gefreut haben, als sie den betreffenden Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ lasen! Sie werden künftig viel Ausgaben ersparen, so was braucht's denn noch ein an Frontlicher Unterbilanz leidendes Blatt mit schweren Opfern über Wasser zu halten, wenn die Aufgabe der Erziehung zur Grundlosigkeit in nächster Nähe so vortrefflich besorgt wird? Wozu ein besonderes national liberales Blatt, wenn die „Frankfurter Zeitung“ beim unverschämten Nationalliberalismus angelangt ist?

Der Staatsmannskoller, Herr Stern, der Staatsmannskoller!

— Die Anarchie in dem Redaktionshirn der „Leipziger Zeitung“. Bekanntlich hat das amtliche Organ der sächsischen Regierung sich der Aufgabe unterzogen, die Identität (Einheitlichkeit) des Sozialismus und Anarchismus zu beweisen, und da es mit logischen Gründen nicht geht, so hat die „Leipziger Zeitung“ es wenigstens auf mechanischem Wege fertig gebracht, indem sie eine stehende Rubrik einrichtete, welche die Lieberherr'sche „Sozialistisches und Anarchistisches“ Ranzmal macht sie aber doch auch den Versuch, mit Gründen oder wenigstens Worten die Identität zu beweisen. Freilich, die Gründe sind darnach. So mußte ihr neulich ein vielgenannter Herr eine Korrespondenz aus Zürich besorgen, an die sie dann ihre Keilspitze anknüpfte. Die Korrespondenz lautete wie folgt:

„Für die Bestimmungen, welche der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat“, der sich „Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge“ nennt, dem deutschen Vaterlande entgegenbringt, ist der Leitartikel bezeichnend, mit welchem das Blatt die fünfundsiebzigste Wiederkehr des Tages begreift, an welchem der deutsche Reichstag am 17. Juni 1862 an die Spitze des preussischen Ministeriums berufen wurde. Es heißt da unter Anderem: „Ganze 25 Jahre ist die Herrlichkeit all — die Reichsherrlichkeit gar erst 17. Und schon kragt es in allen Fugen; und aus allen Ecken und Ritzen bringen uns die ersticken Däute der Fäulnis und des Robers entgegen. Die Gerüche, von denen seine einst — vor elfen und 40 Jahren — bei seiner Hammonia selungselbst worden, sie waren harmlos und unschuldig, verärglichen mit diesem fürchterlichen Reichsranz, den die Tausende und Hunderttausende von Reptilien, Störchen, Spinneln, Demantanten, Spöphenen aushauchen — die Stützen und Blätter des Bismarck'schen Reiches. Feil und faul! Das ist die Lösung. Zum Glück, wie schon gesagt, kragt's in allen Fugen. In jedem Balken der Todtenurne. Die rothe Gewalt Unrecht auf Unrecht blühend, des letzten Reites von Scham entliebig, den Rassenmord als höchste Kulturthat preisend, den Rassenstiefel als höchstes Kulturziel verfolgend — im Inland von Millionen verachtet, vom Ausland gehäht und verachtet — das ist das Deutsche Reich Bismarck'scher Schöpfung am Jahrestag des fünfundsiebzigjährigen Bismarck-Jubiläum.“

Und hieran knüpft dann die „anständige“ „Leipziger Zeitung“ nach stehende orakelhaft, wie wichtig sein sollende Sentenz:

„Nach solchen Proben sieht die „Leipziger Zeitung“ wohl selbst ein, daß der „Sozialdemokrat“ sich mit Recht dagegen wehrt, mit den Anarchisten zusammen gemornt zu werden. Im Schimpfen und in der Vaterlandslosigkeit ist er ihnen lange über!“

Gl! Gl! Also noch schlimmer sind wir als die Anarchisten, liebe Leipzigerin?

Nun, dagegen haben wir im Grunde nichts einzuwenden, denn die „Anarchisten“ der „Leipziger Zeitung“, die Peuker und Konforten, sind allerdings für die politischen Hintermänner und Patrone der „S.“ gar nicht schlimm.

Wie müßten nun aber zwei Fragen an die „Leipziger Zeitung“ richten.

Erstens: ist „Schimpfen und Vaterlandslosigkeit“ identisch mit „Anarchismus“ oder „Sozialismus“, und hat Beides etwas mit dem „Anarchismus“ zu thun, gegen welche das Sozialistengesetz den Schutz richtet? Und

Zweitens: ist es „schlimpft“, wenn man einen Verbrecher eines Verbrechers und das Kind beim richtigen Namen nennt? Hat die für Luther ganz besonders schmerzende „Leipziger Zeitung“ niemals etwas von Luther gelesen? Und ist es „Vaterlandslosigkeit“, wenn man sein „Vaterland“ von den Verbrechern zu reinigen sucht, welche es ausplündern und zur Stätte der schmachvollsten Korruption machen?

Oder will die „Leipziger Zeitung“ vielleicht leugnen, daß der „Schnapsbrenner“ unter Bismarck's Führung das Handwerk der alten Raubritter fortsetzt? Sind die 36 Millionen Mark, welche sich die Herren in der letzten Reichstagsession vom Schwitze des Volkes in die Tasche stecken, von uns bloß geträumt?

Und was die Korruption betrifft — kann die „Leipziger Zeitung“ uns irgend eine andere Zeitepoche angeben, in welcher alle Grundzüge und des schändlichen Schwimes willen so zynisch mit Füßen getreten worden wären — in welcher — um nur drei Beispiele anzuführen — 1) der leitende Staatsmann den Ringelbeutel für sich in die Tasche herumschickte? 2) das Volk, wie bei der vorigen Reichstagswahl systematisch angelogen wird, um eine reaktionäre Majorität zu erzielen und — Börsenspekulationen zu treiben? Und 3) die höchsten Gerichtshöfe des Landes aus Liebesdienerei Urtheile, wie die in den Dialektproben und dem Chemnitz-Freiberger Sozialistenprozeß, fällten oder vorbereiteten?

Wenn die „Leipziger Zeitung“ uns nachweist, daß entweder alle diese Handlungen nicht wahr sind, wir also bloß geträumt haben — oder daß diese Handlungen ehrenhaft sind — dann sind wir gern bereit, pater pavari zu sagen.

Bisher aber nicht.

Und in der Zwischenzeit bitten wir die „Leipziger Zeitung“, unseren Artikel ganz abgedruckt und Ihre Leser zu fragen, ob wir Recht haben oder nicht?



„Aus dem gelobten Lande, wo zwar nicht Milch und Honig fließt, aber Steuern über Steuern und Strafmandate über Strafmandate das Volk bedrücken“ wird uns geschrieben: „Unser Deutschland ist das Land der „Gottesfurcht und frommen Sitte“ und der Reineid! „Großer Gott,“ wird mancher Spießbürger ausrufen, „das ist bodenlose Frivolität, so etwas von unserem lieben Vaterlande zu sagen. Reineide gibt es wohl bei uns, aber so viel, daß die Reineidigen zu Hunderttausenden herumlaufen, das ist ja unerhört Vertrieben. Wenn in unserem lieben Vaterlande jährlich zehntausend Reineide vor Gericht abgeurteilt werden, so ist das ja schon entsetzlich viel und mit moralischer Entrüstung wird in den Zeitungen gegen die gottlose Zeit losgehämmert und für Strafvorschläge plädiert; und wir selbst sind aufs Höchste aufgebracht über derartige frivole Zustände; aber die Sache so grell hinstellen, ist doch Uebertreibung.“ — Sei beruhigt, lieber Spießbürger, diese Reineide, von denen Du sprichst, meinen wir nicht; auch nicht die, welche bei Inkrafttreten von Verfassungen geschworen werden, um hinterher, „so wahr mir Gott helfe,“ bei erster Gelegenheit abzuhauen zu werden. Auch an den Söldner denken wir nicht, welcher ein so frommer und wahrheitsliebender Hofsprecher ist. Ueber derartige Reineide kein Wort. Es gibt aber andere Reineide, Reineide, die von groß geschworen werden, und zwar jedes Jahr ungefähr hunderttausend! Wir meinen den Fahnenreid, welchen der Soldat leisten muß. Wer fragt einen Soldaten, ob er mit gutem und reinem Gewissen den Fahnenreid leisten kann und will? Kein Mensch! Die Soldaten werden hingeschleppt wie Schafe zum Scheren, heerdenweise müssen sie schwören, denn zum einzeln schwören hat man beim Militär keine Zeit, weil der Paradeplatz geübt werden muß.

Auf diese Weise sind seit 1870 ungefähr zwei Millionen Reineide geschworen worden; alle Fahnenreide sind Reineide, denn wo es nicht dem Wanne freigestellt ist, aus innerer Überzeugung zu schwören, da muß er einen Reineid schwören: einen wissenschaftlich falschen Eid. Bringt ein Mann, welcher zu einem bewährten Eide gezwungen wurde, denselben, so ist er nach natürlicher Auffassung kein Reineidiger; los von den „Herren mit blauem Blute“ und sonstigen Reaktionsären wird er als solcher betrachtet und entsprechend verurteilt.

Wie kann ich, wenn ich z. B. ein Sozialdemokrat bin und meine Partei durch Resolutionsbeschluß im Parlament die Errichtung der Republik durchgesetzt hat, gezwungen werden, den König im Kampfe gegen diesen Volksbeschluß zu unterstützen? Ich wäre nur dann dazu verpflichtet, wenn ich aus freiem Willen diesen Eid geleistet hätte; sonst nicht. Würde ein Offizier, der in die Hände einer Mörderbande fällt, welche ihn zwingt — in Folge ihrer unumschränkten Gewalt — den Eid der Treue zu leisten, würde er sich verpflichtet halten, dem Eid treu zu bleiben? Mit nichten. Sobald er aus dem Machtbereich der Mörder ist, wird er den Eid brechen, weil derselbe nicht aus freiem Willen geleistet ist. Das Gleiche gilt von dem Fahnenreid! Wer geht gern unter die Soldaten? Niemand? Wenigstens nicht Menschen, welche etwas Kultur und Bildung besitzen. Schwören diese den Eid mit gutem und reinem Gewissen? Nein! Sie leisten wissenschaftlich einen Reineid.

Und somit ist wohl das oben Gesagte richtig: die Reineidigen laufen in Deutschland zu Hunderttausenden herum. Und wenn der „Sozialdemokrat“ den Parteigenossen anrät, bei Eiden vor sich zu sein, damit kein Reineid geleistet wird, so bräulen die deutschen Prekura — faren Bismardio; sie sind aber ganz müssig, wenn der Fahnenreineid geleistet wird.

Die vorstehenden Ausführungen haben längst von einer Seite eine Bestätigung erfahren, von der man es am wenigsten vermuthet hätte: nämlich von der höchsten bayerischen Militärbehörde, dem Generalauditorat. Dieses hat in einem Straferlassen gegen zwei Landwehrmänner, die unter Hinweis auf ihre Konfession (es waren Konfessionisten) den Fahnenreid verweigert hatten, ein freisprechendes Erkenntnis gefällt unter der Motivierung: „Ein Soldat dürfe nicht zur Ableistung des Fahnenreides gezwungen werden, da einerseits es nicht der Fahnenreid ist, welcher den Mann zum Soldaten macht, sondern lediglich das Militärrecht, und der Eid nur einen religiösen Charakter trage, andererseits weil kein bayerisches Militärrecht eine Bestimmung enthalte, gemäß welcher ein Soldat zur Leistung des Eides gezwungen werden könne. Im Gegentheil existiere eine noch nicht aufgehobene bayerische Verordnung vom Jahre 1793, wonach es nicht erlaubt ist, einen Konfessionisten zur Ableistung eines Fahnenreides zu zwingen.“

Sehr vernünftig, aber Bayern befindet sich auch noch nicht auf der Höhe der neuzeitlichen Zivilisation. Ist erst mit dem Reiteratrasse auf dem Marsch, wozu mit dem Braumweingetränk ein schöner, vielversprechender Anfang gemacht ist, so wird auch für Bayern der Reineid in Form des Fahnenreides obligatorisch werden.

Damit aber auch dem bayerischen Fahnenreid der Furcht des Widerstands weiche, muß der bayerische Militärpflichtige dem wahnsinnigen Otto Treue geloben.

Die Ludwigshafener Kunstphilister haben sich wieder einmal in ihrer ganzen Glorie gezeigt. Als es der Polizei neulich einfiel, Massenveranstaltungen vorzunehmen, ließen sie sich als freiwillige Polizeibeamteten einschreiben und machten den Polizeirummel mit. Nun, wer sich nur so lächerlich und verächtlich machen will, den kann man nicht daran hindern. Und außerdem ist's ja bei den Herren nicht das erstemal. Als vor anderthalb Jahren eine Versammlung, in der Liebesrecht sprechen sollte, in Ludwigshafen verboten wurde, fürchteten die Kunstphilister und Philister von Ludwigshafen eine Rebellion, und ließen die Philister auch als Polizisten einschreiben. Zum Glück gingen die Ludwigshafener Arbeiter hinter nach Rannheim, wo Liebesrecht ungehindert sprechen konnte — wären sie drüben geblieben und hätten sich auf der Straße gezeigt, so wäre ein halbes Duzend der armen eingeschworbenen Kunstphilister und freiwilligen Polizisten vor Schreck gestorben.

Mit den Scheinbündlungsprozessen will's nicht mehr recht gehen. An verschiedenen Orten sind die Verfolgungen eingestellt worden. Das Danziger Urtheil hat die bisherige Praxis durch Uebertreibung ad absurdum geführt und die weissen Kreise stutzig gemacht. Trotzdem bleibt äußerste Vorsicht geboten, und was wir neulich über Geheimorganisationen sagten, behält seine volle Gültigkeit.

Unter den Berliner Sozialdemokraten gewinnt die anarchische Richtung immer mehr Einfluß — jedenfalls vereint die Berliner Replikanten und die Berliner „Autonomie“, beide wollen sogar entdeckt haben, daß unsere Abstellung des Bankrot nur diesem, und mit Schreden erfüllenden Umstände geschuldet ist. Nun, über letzteres haben wir uns schon früher geäußert und kommen daher nicht wieder darauf zurück. Was aber das angebliche Umschlagen der anarchischen Richtung anbelangt, so steht ja fest, daß, wie die Klügere Erfahrung beweist, seit Jahren von Putty's Seiten krampfhaft Anstrengungen gemacht werden, die Berliner Arbeiter zu überzeugen, daß es mit der Wählerlei nichts sei, und daß nur die „Propaganda der That“ helfen könne. Es würde uns nun auch, offen gestanden, angefallen der beherrschenden Dandhabung des Schandgesetzes, gar nicht gewundert haben, wenn die Kollegen des biederen Hering zum mindesten in letzterer Beziehung Erfolge erzielt hätten und eines Tages die Nachricht gekommen wäre, daß dem Reichsjustizminister — keine Dynamitpatronen unter den Fingern gelagert, beileibe nicht, aber z. B. über Nacht von verrückter Hand der schöne Heringbart abgehauen worden sei, was nämlich eine viel härtere Strafe für ihn wäre. Aber nichts von alledem. Dagegen erhielten am 21. Februar, trotz der damals eifrig betriebenen Anti-Bahnen-Verfolgungs-Agitation, die sozialdemokratischen Kandidaten 25,000 Stimmen mehr als vor zwei Jahren.

Somit gäbe es also keine Anarchisten in Berlin? O nein, lieber Leser, es gibt deren. Wohlgemerkt, richtige, veritable Anarchisten, die auf dem Evangelium der Abschaffung des Staates u. schwören. Da es aber nicht so schnell geht, als man eigentlich meinen sollte, so haben sich die guten Leute inzwischen auf ein weniger umständliches Geheiß gelegt, nämlich auf das — wie sollen wir es gleich nennen? — Geheiß der Nachahmung. Von den Berliner Genossen werden wir ersucht, mitzutheilen, daß die „Anarchisten“ Sammelbewand, wie sie zeitweise in Gebrauch waren, nachgemacht haben, und auf Grund derselben Gelder für ihre Zwecke auszurufen lassen. Man möge daher eilig auf der Hut sein.

Man sieht, die Beutertischen Emisäre sind der Putty'schen Agenten würdig. Man kann auf gradem Wege nichts verrichten und längt's daher auf Kurven an. Wenn Schumann Bismardio mit gefälliger Bestimmung haust, warum soll nicht auch das Hausiren mit gefälligen Bismardio am Plage sein? Auf jeden Fall erreicht man damit Eines: das gegenseitige Vertrauen in der Arbeiterkaste gränzlich zu schädigen. Und wenn erst kein Arbeiter mehr dem andern traut, wenn man hinter jedem, der sich als Genosse vorstellt, einen Spitzel oder sonstigen Betrüger vermuthen muß, dann ist Beutert-Putty's Ideal erreicht, dann blüht der Regen der „radikalen Anarchie“.

Die Absicht ist gut, schade nur, daß das laubere Mittel seinen Zweck verfehlt. Mit ihm haben die Jünger des lauberen Beutert sich selbst allen Kredit abgeschnitten, den ihnen ihr radikales Gebahren vielleicht hier und da verschafft hätte. Für Fälliger sind die Berliner Arbeiter nun und nimmermehr zu haben.

Nationalliberale Stillbläthen. Reulich machte das „Leipziger Tageblatt“ die Sozialdemokraten in drei Leitartikeln todt. Sie — nicht die Leitartikel — waren „Unkraut“ und mühten „ausgerottet“ werden — wofür selbstverständlich das „Leipziger Tageblatt“ durch weitere übliche Artikel dieser Art sorgen zu wollen versprach. Während nun das hoffnungsvolle Organ für Schweinsfädel und Risse diese journalistische Leistung im Leitartikel vollbrachte, druckte es in einer andern Spalte einen Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz“ — also des Parteiorakels — ab, in welchem wörtlich folgender Satz vorkam: „Eine stetig wachsende, kräftige Partei, die Sozialdemokratie, legt ihre ganze Hoffnung auf die Jugend.“

Nun — nicht die ganze Hoffnung! Aber doch recht hübsch gesagt. Allein, um des Himmels Willen, wie reimt sich das im Leitartikel zur Ausrottung verurtheilte „Unkraut“ mit der „stetig wachsenden kräftigen Partei“? Vertauselt schlechte Ausdrücke für das „Ausrotten“! Was nun den betreffenden Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz“ angeht, so fordert er eine „Reform unserer Unversitäten“. Der nationalliberale Artikelautor meint nämlich, die Unversitäten seien noch etwas zu — liberal organisiert und böten nicht genügende Garantien gegen das Eindringen — sozialdemokratischer Ideen.

Es sollten wohl Polizeispitzelhauden vor jedem Hörsaal stehen, damit die bösen Sozialdemokraten sich nicht hineinwagen, und ein Gensdarm neben jedem dozierenden Professor? Doch Scherz bei Seite, man sieht an solch kühnlichen Angerufenen, wie vollständig der bürgerliche Liberalismus am Ende seines Daseins ist.

Zur Naturgeschichte der Karrierbrüder sei noch folgende naive Aeußerung zitiert, welche die „Leipziger Zeitung“, das amtliche Organ der sächsischen Regierung, vor einigen Wochen machte, als der „Staatsanzeiger“ die Rücknahme des Pferdeausfuhrverbots meldete: „Bekanntlich war das Verbot am 15. Februar erfolgt. Es war gerade die Zeit der Wahlbewegung. Daß inzwischen, und zwar wesentlich in Folge der Septennatsannahme, die politische Lage sich verbessert hat, wird von keiner Seite bestritten.“

Wie nativ verträglich ist dieses „gerade“! Wahrhaftig, die gute Leipzigerin ist ein schredliches Schredenskind — ein anfangs terribles, daß von den weniger indiskreten, ihre Mienen und ihre Jünger besser behütenden Kollegen und Genossen sichtlich schon tausendmal in den letzten Plätz der Hölle geräumt worden ist. Ja, es war „gerade“ zur Zeit der Wahlbewegung — und wenn nicht „gerade“ die Zeit der Wahlbewegung gewesen wäre, hätten wir, so gewiß zweimal zwei vier ist, auch kein Pferdeausfuhrverbot erlebt.

Daß die politische Lage seit der Annahme des Septennats „sich verbessert“ habe — ist ein kleiner Scherz, welcher in Berlin nicht sonderlich gefallen wird, denn er kann nur besagen — entweder, daß die Berliner Replikanten, welche auch jetzt noch Klammernschreien ausstößen, das nationale Publikum patriotisch anlägen — oder, daß Bismardio hätte er keine Septennats-Machheit gefunden, einen Krieg vom Zaune gebrochen hätte.

Nun — unter Freunden kommen solche Scherze mitunter vor. Man muß eben gute Wieme zum bösen Spiel machen. Kyropos — und das gehört ja zu unserem Thema — unsere Replikanten sind durch die heutige Rede des englischen Premierministers, Lord Salisbury, an die Kaufleute der City in die laurische Belegenheit gebracht worden. Englische Premierminister sehen im Kauf, die Wahrheit zu sagen, wenn nicht sehr dringende Gründe vorhanden sind, das Gegentheil zu thun, und da begehrt nun dieser Lord Salisbury die Jubelaktion, der Welt zu verrathen, daß der Belstriede im gegenwärtigen Augenblick von keiner Seite ernstlich bedroht ist. Das paßt natürlich unseren Replikanten und ihren Hintermännern nicht in den Kram, denen die fortwährende Beunruhigung und Aufregung des Publikums ein politisches Lebensbedürfnis ist; und wahrhaftig possidlich sind die Anstrengungen der Regierungsbücher, die Worte Lord Salisbury's abzuschwächen oder gar ihnen den entgegengelegten Sinn unterzuschleichen. Ein deutsches Replikant bringt ja Alles fertig, was wider den geunden Menschenverstand geht; und warum sollte es nicht auch in England Staatsmänner geben, welche die Wahrheit auf den Kopf stellen und Frieden sagen, wenn sie Krieg meinen — oder umgekehrt?

Wie machen auf diese Replikantenänder heiläufig nur aufmerksam, weil es charakteristische Zeichen der Zeit sind. Die Beunruhigungspolitik Bismardio's kann sich nicht draußig verrathen. Hebräisch haben die Replikanten es glänzlich fertig gebracht, daß das Bismardio'sche Reich in der ganzen Welt als der europäische Friedensführer gilt.

Som antiokektivistischen Banernschädel, wie ihn der Sozialistischer Schädel liebt, theilen österreichische Blätter folgende Brauvorleistung mit: „Im freundlichen Städtchen Grein (Ober-Österreich) erreichte in den Morgenstunden des 30. Juli eine seltsame Frauengestalt gerechtfertigtes Ruffehen. Nur mit Kopf und Hemd bedeckt, die Hände mit einem breiten Hausrüst auf den Rücken gefesselt, eilte die Frau mit fliegenden Haaren und wirrem Blick durch die Straße, die Arme über und über mit Blut bedeckt. Angehalten, verlangte dieselbe in das Bezirksgericht gebracht zu werden, und erklärte folgende haarsträubende Geschichte: Sie sei gegen 70 Jahre alt, heiße Elisabeth Ebner und habe zuletzt als Pfandwahrerin der Gemeinde Waldhausen im Armenhause zu Schloßberg gelebt. Vor kurzer Zeit sei ihr vom Bürgermeister Johann Beck eröffnet worden, sie habe das Stübchen, das sie durch neun Jahre mit ihrem vor nicht langer Zeit verstorbenen Manne getheilt hatte, zu räumen und „in die Einlage“ zu gehen, das heißt, sie solle im Grein alter von Woche zu Woche, durch Regen und Schnee, von Haus zu Haus wandern, ungewiß, an welchem Orte sie einfindet, und von der qualvollen Wanderung erlösen werde. Sie habe sich deshalb geweigert, das Stübchen zu verlassen, und erkläre bei ihr am 30. Juli Morgens der Gemeinbediener Josef Treb und der Wegmann der Gemeinde behufs Ausquartierung. Dieselben trugen vorerst ihre Truhe fort, als in zurückgeblieben habe sie wilde Verweigerung erlitt und sie verlor durch Einschneiden der Arme mit einer Sense sich für immer Ruhe zu schaffen. Als die zurückkehrenden Männer die Frau blutend fanden, banden sie derselben die Hände auf den Rücken, und zwar derart, daß die Fesseln später nur durch Abschneiden enkratet werden konnten und drohten ihr, sie anzuhängen, wenn sie sich nicht füge. Sie entließ ihren Heimern und eilte gefesselt und blutend nach Grein, wo dieselbe nach drei Stunden erschöpft ankam. Die zurückgeleitete Wegstrecke beträgt 19 Kilometer. Wie wir erfahren, wurde die Unglückliche, nachdem ihr ärztliche Hilfe zu Theil geworden und die gerichtliche Amtshandlung erfolgt war, in das Greiner Armenhaus überführt, wo dieselbe die sorgfältigste Pflege genießt. Von Seite der Gemeinde Waldhausen hat sich bis nun Niemand um den weiteren Verbleib ihres Gemeindegliedes gekümmert.“

Dazu bemerkt die Wiener „Gleichheit“ treffend: „Man spricht und schreibt, namentlich in den Blättern, welche der reaktionären Klasse der Großgrundbesitzer, Bauern und Pfaffen dienen, immer so viel von der Wohnungsnoth der Arbeiter in den Städten, grade, als wenn man die Aufmerksamkeit von der gleichen Frage auf dem Lande ablenken wollte. Die ergreifende Schilderung des Arger Bourgeoisblattes, die wir oben wörtlich wiedergaben, zeigt aber, daß es dem ländlichen Proletariat genau so schlecht geht, wie dem städtischen. Es ist sogar noch ein Unterschied zu Ungunsten des Landarbeiters da.“

Die Bourgeois in den Städten sind wenigstens so gewitzt, daß sie glauben, durch keine Zugeständnisse, durch Arbeiterherbergen, Sonnenanhalt und ähnliche Mittelchen ihren „guten Willen“ zeigen zu müssen. Der verkehrte Großbauer mit seinem dicken, edigen Schädel verschmäht aber in seiner Dummheit solche Scheinmittel. Im gegebenen Falle geht er, wie wir schon, gegen den Proletariat, den er bei seinen schmerzlichen Arbeiten abgenutzt hat, einfach mit bestialischer Brutalität vor. Der Dichter Norré hat in seinem Volksstück „Rufel“ das ganze Elend jener heimathlosen, allen „Einleger“ geschädert und auch vergangenes Jahr im kärnthnerischen Landtage den Antrag auf Altersversorgung der abgerackerten alten Knechte und Mägde gestellt. Hier zeigten die kärnthnerischen Bauern jedoch, daß sie von den Bourgeois draußen etwas gelernt haben. Mit einer Roffinität, welche das größte Parlamentes würdig gewesen wäre, wurde der Norré'sche Antrag in einer Kommission begraben. — Niemand sah ihn wieder! Landarbeiter, wann kommt Euch die Augen aufgehen?

Veberl verließ am 14., Kuer am 18. und Bierek am 17. August das Zwickauer Gefängnis. Frohme wird in Kürze nachfolgen, Ulrich aus den schon angegebenen Gründen noch bis Ende Oktober in Haft bleiben. Wolmar, der frankreichshalber einen Urlaub angetreten, wird im Oktober den Rest seiner Strafe abtun. Die drei Entlassenen haben die lange Einlieferung überstanden, ohne anscheinend an ihrer Gesundheit Schaden genommen zu haben.

Wir rufen ihnen zum Wiedereintreten in den Kampf für Freiheit und Recht ein herzliches Glück auf! zu.

Die Genossen in Karlsruhe ersuchen uns um Aufnahme folgender Zeilen: „Den feineren durch eine infame Justizkomodie ihrer Freiheit beraubten Genossen rufen wir bei der Wiedereinlangung ihrer Freiheit ein „Hoch die Sozialdemokratie!“ zu. Wir werden treu dem Schwur treu sein, den wir gethan haben, an ihrer Seite mitzukämpfen für das Prinzip der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

In Berlin und Hamburg haben die Genossen durch Aufhängen von rothen Fahnen den Freigelassenen ihren Gruß gesandt, zahlreiche andere Sympathiebezeugungen sind ihnen direkt übermittelt worden.

Die Wahrheit auf den Kopf stellen, das ist eine Beschäftigung, die unseren Replikanten zur anderen Natur geworden ist und ganz maßlosmäßig, mechanisch von ihnen ausgeübt wird. Das neueste Machtwort in dieser Branche ist die systematisch folportirte Behauptung, daß die Sozialdemokratie immer mehr die Grenzlinie, durch welche sie anfangs vom Anarchismus geschieden war, überschreite und sich sichtlich zum Anarchismus „orientirte“.

In Wirklichkeit verhält sich, soweit von Anarchismus überhaupt die Rede sein kann, die Sache gerade umgekehrt. Die anarchische Bewegung oder das, was man darunter zu verstehen pflegt, schrumpft immer mehr zusammen, trotz aller Anstrengungen unserer Replikanten und unserer Polizei, den Bauman mit Hilfe des bekannten Berliner Winds zu erschrecklichen Dimensionen aufzublähen. In Spanien, Belgien und Italien, wo es früher einmal ziemlich viel sogenannte Anarchisten gab, sind sie jetzt mit der Lupe zu suchen. In Frankreich können es die, noch vor Jahresfrist von unseren Polizeireppliken als so fürchtbar gefährlich geschilderten Anarchisten nicht einmal mehr zu einer anscheinenden Bersammlungspräsenz bringen. Die Londoner Anarchisten entsandten sich gegenständig als Polizeispiegel, und in Amerika ist der einzige Anarchist, der sich bisher noch zum Bauman gebrauchen ließ — der arme Hans Rot — zu der melancholischen Ueberzeugung gelangt, daß der anarchische Kapitalismus einen verächtlichen Polizeigeruch hat. Und da hat dieses Replikantengeheiß die Stirne, zu sagen, der Anarchismus sei in steigendem Maße und auf dem Punkte, die Sozialdemokratie ganz zu verschlingen!

Beiläufig bemerkt, ist es uns ganz gleichgültig, was unsere Replikanten denken und schreiben. Und wenn wir dieser neuesten Lüge erwähnen, so geschieht es nur, weil sie ein wesentliches Glied in der Kette ist, durch welche das deutsche Volk mündlich auf ewige Zeiten in der Polizeisklaverei gehalten werden soll.

Darf der Laizik und lakonischen Agitation der deutschen Sozialdemokratie hat das Wort Sozialdemokrat seine gänzlich untergeordnete Wirkung auf die breiten Volksmassen verloren, und immer entschiedener drängt der Gedanke sich hervor, daß, wenn ein Ausnahmefall überhaupt bestehen soll, es sich gegen die Anarchisten, d. h. die Männer der Dynamit und sonstigen Klientele, zu richten habe, und nicht gegen die Sozialdemokraten.

Da nun aber das herrschende System der Ausnahmefallgesetzgebung nicht entfallen kann, und da es in Deutschland trotz aller Hering-Rahlow, Penker, Schmidt, Puttkamer und Genossen kein Anarchisten gibt, so bleibt logisch nur das Eine zu thun: Verwischung jedes Unterschiedes zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten.

Und dieser üblichen Arbeit unterliegt sich jetzt im Schweige ihres Angefichts die Replikpresse.

In New-York ist es in der letzten Zeit zu einem Bruch zwischen Henry George und seinen Anhängern einerseits und den erklärten Sozialisten andererseits gekommen, der zu einem Austritt beim Ausschluss derselben aus der im vorigen Jahr gegründeten Vereinigten Arbeiterpartei geführt hat. Den auf die allein seligmachende Landreform oder vielmehr Landsteuerreform verbiessenen Georgeanern waren die vorwärtstrebenden Sozialisten unbedeuten geworden, und so bemühten sie einen ursprünglich gegen die fortrupten alten Parteien gerichteten Passus des Statuts der „Ver. Arb.-Partei“, nach welchem kein Mitglied der „Ver. Arb.-Partei“ gleichzeitig Mitglied einer andern Partei sein könne, zu einer Auslegung in dem Sinne, daß sich dies auch auf die Zugehörigkeit zur „Soz. Arb.-Partei“ beziehe. Das Lebensbild dieser Maßregel liegt auf der Hand, bei gutem Willen hätte sich leicht eine andere Lösung der Frage finden lassen.

Natürlich haben die Sozialisten, deren Verdienste um das Zustandekommen der „Vereinigten Arbeiterpartei“ Henry George selbst wiederholt zugestanden, diese schandbe Behandlung sich nicht ohne Meuteres gefallen lassen. In einer großen, sehr gut besuchten Protestversammlung wurde, nachdem die Genossen Schweitsch, Kier, Jonas, Broomann und Hinton (letztere beide Amerikaner) gesprochen, eine energische Protest-Resolution gegen dieses Vorgehen beschloffen; ferner hat die National-Exekutive der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ einen allgemeinen Protestaufruf erlassen, der gegenüber den Kagrissen der Georgeaner die Verdienste der Sozialisten um die allgemeine Arbeiterfrage in's rechte Licht stellt.

Es heißt dort am Schluß:

„Als diesen Gründen legen wir daher energische Verwahrung ein gegen diesen Akt der Intoleranz und Einseitigkeit und applizieren an die organisierte Arbeiterkaste, zunächst Newyork, behauptend, daß der Kernpunkt der sozialen Frage, welche zur Zeit die ganze zivilisierte Welt in Aufregung und Spannung hält, nicht die Landtaxe ist, sondern die Abschaffung des Privateigentums in jeder Form, sowohl an Grund und Boden, als vor Allem an den Arbeits-Instrumenten (Maschinen, Fabriken etc.)“

„Diese Forderung, weil durchaus logisch und einzig wissenschaftlich, ist von allen Arbeiterparteien der alten Welt, mit England, Frankreich und Deutschland an der Spitze, als grundsätzliches Untergrundmerkmal von allen übrigen, selbst den sogenannten Arbeiter-Reformpartien, anerkannt, weshalb wir, getragen von der historischen Erkenntnis, die uns heute noch misanthropischen Mitglieder der Vereinigten Arbeiterpartei warnen, wenn ihnen etwas an dem Bestand der Partei gelegen ist, sich nicht von einseitigen Reformvorschlägen à la Henry George blenden und fortziehen zu lassen, sondern unsern Standpunkt und unsere Ideen auf ihrem Gehalt zu prüfen.“

„Das sozialistische Element auf den Reihen der Vereinigten Arbeiterpartei entfernen, heißt nichts Anderes, als ihr das Rückgrat auszuscheiden und das verheißungsvolle Schiff der neuen Partei auf der Sandbank kleinbürgerlicher Tendenzen jämmerlich Schiffbruch leiden zu lassen.“

„Sollte dieser Protest, von Euch fortgeschrittenen Arbeitern unterstützt, ungehört verfallen, so wird die Nothwendigkeit sich ergeben, die Gründung einer Arbeiterpartei zu insinieren, welche, von den Schläfen der Einseitigkeit befreit, in ihr Programm die Forderung der ökonomischen



